

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Völkische Dynamithelden.

Die Parteidruckerei in Münster in die Luft gesprengt.

Münster, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf das Druckereigebäude unseres Parteiblattes, der „Volkswille“, ist in der Nacht zum Sonntag gegen 1/4 Uhr ein dynamit-attentat verübt worden. Das Gebäude, vor allem der Maschinen- und Seheraal wurde vollständig zerstört. Der „Volkswille“ kann deshalb in der eigenen Druckerei nicht mehr hergestellt werden, ebenso wenig die bisher hier gedruckten Parteiblätter für Hamm und Emden. Es wird inzwischen mit anderen Druckereien darüber verhandelt; sie würden jedoch, wenn sie das Arbeiterblatt drucken, gleichfalls in die Luft gesprengt zu werden. Menschen sind bei dem Attentat nicht verletzt worden. Die Nachforschungen nach den Tätern sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Münster, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Sprengung wurde in der Nacht, etwa um 3,20 Uhr, vorgenommen. Etwa fünf bis sechs nationalistische Bomben müssen daran beteiligt gewesen sein und etwa zehn Kilogramm Dynamit oder Ammonalpulver verwendet haben. Was durch die Sprengung an Maschinen, Gebäuden, an Schmateral und Papier nicht verdorben wurde, verbrannte. Die Feuerwehre und die Schutzpolizei waren pünktlich zur Stelle, zu retten war allerdings nichts mehr.

Oberpräsident Gronow und Oberbürgermeister drückten dem Druckereileiter persönlich ihre größte Empörung aus. Ersterer sagte wörtlich: „Und diese Leute wollen Deutschland retten? Ich komme, um meinen fleischen Abscheu und Ekel über dieses gemeine Attentat auszudrücken. Im vorigen Jahre wurde am Johannisstage Rathenau ermordet, und heute geschieht dieses schandvolle Verbrechen. Ich erwarte von der Polizei, daß sie nichts unternimmt, um die Täter zu fassen.“ Große Empörung herrscht in der Bevölkerung. Man erwartet, daß die Regierung mit den schärfsten Mitteln sofort gegen den Rattenkönig von hiesigen Putschorganisationen vorgeht, daß nicht dem Oberpräsidenten die Hände gebunden werden. Nur wie durch ein Wunder hat sich der 70 Jahre alte Wähler aus dem zusammenstürzenden Gebäude retten können. Im Vorderhause schliefen zwei Familien mit kleinen Kindern. Eine etwas größere Sprengladung, und auch sie wären verloren gewesen. In der Nachbarschaft sind fast sämtliche Fenster Scheiben eingedrückt.

Der Schurkenstreich gegen unser Parteiblatt reiht sich ein in die lange Liste ähnlicher schändlicher Attentate gegen Arbeiterunternehmungen. Es besteht bei niemand auch nur der geringste Zweifel darüber, daß das Dynamit von Münster aus derselben Quelle stammt, aus der die Brückensprengungen im

befestigten Gebiete entspringen. Und die gleichen Kreise, die mit Schlageters Leiche einen Triumphzug durch Deutschland veranstalteten, mit „Heldenliedern“ auf ihn Kriegsstimmung zu erzeugen suchten, haben auch das Sprengattentat von Münster auf dem Gewissen. Das Red von Geheimorganisationen ist bereits so groß und vielschichtig, daß nur eine starke Hand und ein eiserner Wille es zu zerreißen vermag. Hat die Reichsregierung unter Herrn Cunos Leitung diesen Willen und die Kraft, ihn durchzuführen? Mit schönen Reden ist es nicht getan. Es gilt endlich energisch durchzugreifen.

Das Verlangen unserer münsterischen Genossen, daß dem Oberpräsidenten nicht die Hände gebunden werden, ist mehr als berechtigt. Deutet es doch an, daß bisher von irgendeiner Seite in die Maßnahmen des Oberpräsidiums eingegriffen worden ist. Das Attentat mit seinen verheerenden Folgen lenkt die Aufmerksamkeit erneut und verstärkt darauf, daß die völkische Hauptstadt sich zum Sammel- und Tummelplatz all der dunklen Elemente ausgebildet hat, die unter dem Vorzeichen, den Kampf gegen die Ruhrbefehlung zu organisieren, aus geheimnisvollen Quellen Gelder beziehen, um in Wirklichkeit die völkische Putschpropaganda zu betreiben. Das eine ist so gemeingefährlich wie das andere. Bisher waren wir immer noch auf eine blühende Erklärung der Reichsregierung, daß sie von diesen Vandalenbildungen abdrückt und daß alle ihre Organe angewiesen seien, den deutschen Komitatschis mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Der deutschnationale Abgeordnete Hoffmann, seines Zeichens Universitätsprofessor in Münster, hat dieser Tage im Landtag unter heftigen Ausfällen gegen Severing behauptet, in Münster sei alles ruhig und die Maßnahmen Severings seien unbedeutend. Ob die deutschnationalen nach dem neuesten Attentat auch diese Behauptung noch aufrechterhalten? Wir trauen ihnen auch das zu. Und da Herr Wulle schon von vornherein angeündigt hat, daß ein möglicherweise unternommener Nordversuch an Severing, auf den die ganze deutschnationale Hebe der letzten Wochen hintreibt, wahrscheinlich von republikanischen Kreisen vorbereitet werde, so ist zu erwarten, daß die deutschnationalen auch das Dynamitattentat auf unser Parteiblatt als „bestellte Arbeit“ hinstellen werden. So unsinnig ein solcher Gedanke auch ist, so könnte er trotzdem Gläubige bei denen finden, die alles zu glauben bereit sind. Wir erwarten aber, daß wenigstens die preußische Regierung alles tut, um dem Treiben der Putschisten ein Ende zu bereiten, selbst auf die Gefahr hin, daß deren geheime Gönner bloßgestellt werden könnten.

Stinnes' Devisenkäufe.

Die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs der Stützungsaktion für die Mark am 18. April ist die Frage nach der Schuld und die Frage nach den Schuldigen. Beide Fragen hat der Untersuchungsausschuß des Reichstages zu klären versucht. Eine einmütige Antwort wird von ihm kaum zu erwarten sein. Denn wenn auch die objektiven Tatsachen absolut einwandfrei feststehen, so wird ihre Beurteilung doch sehr verschieden sein, je nachdem man Hefflerich oder die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses antworten läßt. Das eine steht jedenfalls aber fest: die Urheber der Stützungsaktion waren sich stets ihrer natürlichen Schwäche bewußt. Trotzdem geschah nichts, um ihren Zusammenbruch zu verhindern. Die objektive Schuldfrage wird deshalb zweifellos zu bejahen sein.

Wichtig aber ist die Frage nach den Schuldigen. Hier hatte der Reichstagsausschuß nur Hinweise, aber keine Unterlagen. Die letzteren zu schaffen ist eine schwierige Aufgabe. Kleine Diebe werden gehängt, große läßt man gern laufen. Auch Zeugniszwang und Sachverständigenurteilen vermögen die überaus verwickelten Zusammenhänge des Wirtschaftslebens nur schlecht zu klären. Fast unmöglich ist das bei jenen großen Konzernbildungen, die heute das Wirtschaftsleben beherrschen und deren Bedürfnisse den Devisenmarkt entscheidend beeinflussen. Lange Zeit hindurch kam deshalb die Arbeit des Ausschusses nicht vorwärts. Erst in den letzten Sitzungen, die der Vernehmung des Handelsredakteurs Deser von der „Frankfurter Zeitung“ und der Herren von den Stinnesunternehmungen dienen, gelang es, das Dunkel, das über die Vorgänge vor dem 18. April gebreitet war, einigermaßen aufzuklären.

Der Ausgangspunkt hierfür war die Behauptung der „Frankfurter Zeitung“, daß der Stinneskonzern in der Woche vor dem 18. April außerhalb der Börsenstunden, also außerhalb der dämpfenden Kontrolle der Reichsbank, nach beträchtlichen Sterlingbeträgen in Berlin umfragen ließ und dadurch die ganze Marktsituation erst zu dem machte, was sie nach und nach wurde. Nach tagelangem Schweigen erklärte dann die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß weder Hugo Stinnes noch seine Firma zur Zeit des letzten Marktaufstieges Devisen kaufte. Die Behauptung der „Frankfurter Zeitung“ wurde also glatt abgestritten.

Die Vernehmung des Generaldirektors Minouz vor dem Untersuchungsausschuß am Freitag hat folgende Tatsachen ergeben: Der Stinneskonzern hat am 12. April nach Schluß der Börse Nachfrage gehalten nach 93000 Pfund Sterling. Er hat diese Anfrage gerichtet nicht an die Reichsbank, nicht an die Devisenbeschaffungsstelle, sondern an drei Banken, mit denen er sonst in Verbindung stand und an drei andere, mit denen er Geschäftsbeziehungen nicht pflegte. Der Leiter der Devisenprüfungsstelle, Direktor Gleimius, teilte ferner mit, daß die Firma Stinnes am 9. April 27000, am 12. April 65000, am 16. April 45000 und am 17. April 10000 Pfund Sterling gekauft habe. Die beiden letzten Käufe seien Käufe auf Termindewisen für eigene Rechnung gewesen. Der Finanzdirektor des Stinneskonzerns bestätigte diese Angaben.

Es bedarf einer eifrigen Stirn, um in diesen Angaben nicht eine reißlose Bestätigung der Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“ zu erblicken. Tatsächlich hat der Stinneskonzern ohne Inanspruchnahme der Reichsbank und außerhalb der Börse gewaltige Devisenbeträge zu kaufen gesucht bzw. gekauft. Das geschah nicht nur für Rechnung der Reichsbank, sondern auch für eigene Zwecke. Der Leiter der Devisenbeschaffungsstelle hat ausdrücklich erklärt, daß ein solches Verhalten der Reichsbank unangenehm sei, weil es den überaus knappen Markt schwer erschüttern müsse und die Kurse hinauftriebe. Redakteur Deser hat unter Eid bekundet, daß das Stinnesche Vorgehen allgemeiner Gesprächsstoff gewesen sei und zur Nachahmung angereizt habe.

Das objektive Verschulden der Firma Stinnes an dem plötzlichen Zusammenbruch der Stützungsaktion steht danach fest. Vieles spricht aber auch für das Bewußtsein, daß das geschändete Verhalten der Mark schwer abträglich sein müßte. Die leitenden Herren des Stinneskonzerns sind kaum Alphabeten auf dem Devisenmarkt. Sie kennen keinen Mechanismus und sie kennen die Wirkungen plötzlicher und starker Nachfrage. Und man darf wohl auch annehmen, daß sie sich der psychologischen Wirkungen bewußt waren, die das Auftreten von Stinnes als großer Käufer auf die Masse der Mittläufer ausüben müßte. Haben aber alle diese Erwägungen keine Rolle gespielt, dann wird man kaum an der Feststellung vorbei können, daß hier mit einer kaum glaublichen Leichtfertigkeit gehandelt worden ist. Eine Leichtfertigkeit, die nur erklärlich wäre, weil es sich nicht um das Schicksal der Firma Stinnes, sondern um das Schicksal des Deutschen Reiches und des Ruhrkampfes gehandelt hat.

Kun ist in den Ausschuhverhandlungen mitgeteilt worden, daß Hugo Stinnes selbst von all diesen Vorgängen keine Kenntnis gehabt habe. Man muß einwilligen annehmen, daß das zutrifft. Aber auch über das persönliche Verhältnis von Hugo Stinnes zur Stützungsaktion ist durch die Ausschuhverhandlungen etwas Klarheit geschaffen worden. Man erinnere sich, daß Stinnes im November v. Js. im Reichswirtschaftsrat die aufsehenerregende Rede gehalten hat, in der er jeden Stützungsversuch der Mark als stunde Duasalberei bezeichnete. Bestand danach bereits Veranlassung zu der Befürchtung, daß Stinnes der aus politischen Motiven eingeleiteten Stützungsaktion im Februar

Niederlage des bloc national.

Paris, 25. Juni. (WZB.) Im Departement Seine et Oise fanden gestern Erziehungswahlen für zwei verstorbenen Abgeordnete statt, die mit der Liste des nationalen Blocs unter Führung André Tardieu gewählt worden waren. Der erste Wahlgang hatte kein Ergebnis gehabt. Es müssen Stichwahlen stattfinden, und zwar am 6. Juli. Die größte Stimmenzahl verleiht sich auf die radikalen Abgeordneten Franklin, Bouillon und Gouss mit rund 56000 Stimmen. Hieraus kommen die beiden Kandidaten der republikanischen Union (Poincaristen) mit rund 50000 Stimmen. Die Liste der Kommunisten mit dem Bruder des Beurteilten der Schwarzmeerflotte Marty, erzielte rund 42000 Stimmen, die Sozialisten rund 9000 Stimmen.

Die zweite Wahl am 6. Juli ist eine neue Wahl, zu der neue Listen aufgestellt werden können, es entscheidet aber die relative Mehrheit; wer die meisten Stimmen erhält, ist gewählt.

Kanzlerrede in Königsberg.

Kein Gedankwort für Rathenau!

Königsberg, 25. Juni. (WZB.) Bei der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung hielt Reichskanzler Dr. Cuno eine Rede, in der er sagte: Königsberg und Ostpreußen müssen Mittel sein zwischen dem Osten und dem Reich und darüber hinaus zwischen dem Westen und den überseeischen Gebieten. Das Reich wird Ostpreußen, von dem vor hundert Jahren die Befreiung des Vaterlandes ausging, stets seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Ein Gedanke erfüllt uns vor allem anderen:

Was wird die Zukunft dem Reiche im ganzen bringen?

Wird es in der Lage sein, seine Versprechungen einzulösen, die es heute gibt? Der Kanzler spricht nun über den Ruhrkampf; er hofft, daß, so unüberwindlich der Wille des Volkes an Ruhr und Rhein ist, so unüberwindlich auch in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sich die ganze Volksgemeinschaft erweisen wird. Daher muß unsere Politik eine anspruchsvolle und gerade, aber auch eine bescheidene sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser ersten deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern. Nichts ist unersucht geboten vor und seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet, was dazu dienen könnte, eine vernünftige und tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden, eine Lösung, die erdgütlich ist, die nie wieder wie jetzt aus einem Einbruch an Rhein und Ruhr ausreißt, die mit der Abtragung der Lasten uns auch die volle Freiheit unseres Volkes gewährleistet. Was von dem Memorandum erwartet werden konnte, ist im wesentlichen erreicht: die Welt, die so stumpf und teilnahmslos dasteh, zu überzeugen, daß es der aufrichtige Wille Deutschlands ist, Nachbar zu Nachbar mit anderen Völkern zu leben, Reparationen nicht zu

versprechen, sondern zu zahlen, und hierzu alle Kräfte unseres Volkes bis zum äußersten anzuspannen, unter der Voraussetzung freilich, die er immer voraussetzen muß, daß wir sagen können:

am Ende dieser Leistungen steht die Freiheit. Es ist, wenn ich die ausländischen Pressestimmen recht verstehe, ein starker Fortschritt gemacht worden, wenn gleich Frankreich noch nicht verhandlungswillig ist und immer noch die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt, eines Widerstandes, der nicht verlassen wird, solange noch ein deutsches Herz in jenen Gebieten für Deutschland, für Recht und Freiheit schlägt, ein Widerstand, den keine Regierung, selbst wenn sie es wollte, durch einen Befehl beenden könnte, den aber auch keine deutsche Regierung vorzeitig zu beenden wünschen kann, solange sie nicht der aus freiem Willen ihn leistenden gemarterten Bevölkerung als Ergebnis dieses Widerstandes den gesicherten Weg zu einer Lösung der Gerechtigkeit und Billigkeit aufzeigen kann. Die Reichsregierung und ich sind willens, mit Rücksichtlosigkeit gegen Gewinnsucht vorzugehen. Wenn es gelingen soll, die Lage zu beheben, müssen wir in der Frage der Währung, in der Frage der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung wie in der Frage der Volksernährung gesichert sein.

Umgebung der Devisenverordnung.

Unser Börsenberichterstatter meldet:

Die Börse steht im Zeichen der Umstellung auf die durch die neue Devisenverordnung geschaffene Lage. Da ungefähr gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Devisenverordnung auch schärfere Bestimmungen über den Devisengeschäftsverkehr an der Berliner Börse erlassen wurden, macht dieser sonst so lebhafteste Markt heute einen recht stillen Eindruck. Der Verkehr beschränkte sich ausschließlich auf die Festsetzung der amtlichen Kurse. Industrie und Handel halten vorläufig mit ihren Dispositionen noch zurück. Auch das Kaufgeschäft in fremden Valuten und die Arbitrage ruhen fast vollkommen. Am so lebhaftesten ging es an jenen Märkten zu, wo bisher der Freiverkehr in Dollarnoten und anderen ausländischen Zahlungsmitteln stattfand. Da dieser Verkehr verboten ist, handelt man jetzt in außerordentlich großen Beträgen Dollar-schahanweisungen. Diese wurden bei Beginn der Börse mit 108000 gehandelt und stellten sich nach Ablauf der ersten Börsenstunde auf 115000. Es zeigt sich, daß diejenige Nachfrage nach Devisen, die im amtlichen Verkehr ungedeckt bleibt, sich automatisch umfängt in eine entsprechend große Nachfrage nach Dollar-schahanweisungen.

Im Effektenverkehr macht sich deutlich eine starke Abwanderung von Kapitalen aus der Devisenpekulation an den Effektenmarkt bemerkbar. Die Tendenz war hier heute sehr fest.

ebenfalls — zum mindesten innerlich — ablehnend gegenüberstand, so ist dem Ausschuss dafür ein bezeichnendes Beweismittel geliefert worden. Anfang März hat Stinnes an Hermes einen Brief geschrieben. Er erklärte darin, er habe gegen die Art der Devisenpolitik und der Dollaranleihe so außerordentliche Bedenken, daß es das äußerste sei, daß er nicht gegen diese Maßnahme austritt. Das koste ihn zwar erhebliche Ueberwindung, denn er sei nicht gewohnt, mit seiner Meinung zurückzuhalten.

Die mildeste Deutung, die für dieses Schreiben möglich ist, ist die Abneigung von Stinnes gegen die Stützungsaktion und gegen die Dollaranleihe, obwohl sie der Kräftigung der Stützungsaktion dienen sollte. Wäre es bei dieser innerlich ablehnenden Haltung von Stinnes zur Stützungsaktion verurteilt, wenn seine Angestellten derselben Meinung waren? Und könnte man sich dann darüber wundern, wenn sie ihre Handlungen nicht auf die Wirkungen gegenüber der Stützungsaktion geprüft hätten? Wenn sich deshalb auch nicht beweisen läßt, daß Stinnes für die auffälligen und schädlichen Käufe vor dem 18. April die unmittelbare Verantwortung trägt, so doch offener Wahrscheinlichkeit nach die mittelbare. „Stinnes glaubt, niemand Rechenschaft über seine Privathandlungen zu schulden“, so erklärte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 26. April gegenüber den Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“. Devisenkäufe so auffälliger Art und so großen Umfangs aber sind keine Privathandlungen. Vor allem waren sie es nicht, als das Reich mit Hilfe des Goldes der Reichsbank die Mark zu stützen suchte. Wer sie trotzdem als Privathandlungen ansieht, verwechselt sich und seine Interessen mit denen des Staates und der Allgemeinheit. Er glaubt, Handlungen, die ihm frommen und ihm materiellen Nutzen bringen, rechtfertigen zu können, auch wenn sie die Allgemeinheit auf das schwerste schädigen.

Nach dieser Darstellung der Stinnes'schen Devisenkäufe vor dem 18. April erscheint das Verhalten des Reichsbankpräsidenten Havenstein um so erstaunlicher. Nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion hatte er mit Entrüstung mitgeteilt, daß ernste Kreise unserer Wirtschaft sich auf Vorrat mit Devisen eingedeckt hatten und somit der gemeinsamen Kampffront in den Rücken gefallen seien. Jeder sah darin einen Hinweis auf Stinnes. Vor dem Untersuchungsausschuss tritt er ab, Stinnes gemeint zu haben, hielt aber diesen Vorwurf gegenüber der gesamten Wirtschaft ausdrücklich aufrecht. Nimmt man an, daß Havenstein sich der Tragweite seiner Worte nicht mehr bewußt ist, so hätte er sich eines gewöhnlichen Tuschenspielerkunnststückens bedient. Gibt es eine Schuld der ganzen Wirtschaft, so gibt es auch einzelne Schuldige. Da Stinnes, wie jetzt erwiesen ist, außer den Käufen für die Reichsbank auch 55 000 Pfund Sterling für den eigenen Bedarf späterer Monate gekauft hat, so gehört er zu diesen Schuldigen. Es ist kaum glaublich, daß Havenstein diese Tatsache nicht gekannt haben sollte. Hat er sie aber gekannt, und es spricht alles dafür, so hat er, als er Stinnes vor dem Untersuchungsausschuss in Schutz nahm, seine Pflicht auf das gröblichste vernachlässigt. Man kann die Spekulation nicht belämpfen, wenn man die Spekulation in Schutz nimmt. Wer das aber tut, ist nicht ein Hüter der deutschen Währung, sondern der Mitschuldige an ihrem Verderb.

Dorten Frankreichs Beauftragter.

Ein Geheimbericht Tirards in London veröffentlicht.

London, 25. Juni. (WZB.) „Observer“ veröffentlicht heute Enthüllungen über die französischen Pläne für die Costrennung des Rheinlandes vom Reich in Gestalt eines ausführlichen, vom 16. April 1923 datierten Geheimberichts des französischen Oberkommissars im Rheinland, Tirard, an seine Regierung in Paris. Der als „persönlich und streng vertraulich“ bezeichnete Bericht befaßt sich, wie der französische Oberkommissar darin selbst zugibt, „mit den Anstrengungen die von zwei bereitwilligen Parteien, dem französischen Oberkommissariat auf der einen Seite und dem Führer der rheinischen Separatisten auf der anderen Seite, während zahlreicher Monate unternommen wurden, um

ihre gemeinsames Ziel, die Befreiung des Rheinlandes, zu erreichen.“

Der Geheimbericht beginnt mit der Feststellung, daß die früheren Berichte die verschiedenen Krisen behandelten, die die französischen Beziehungen mit Dr. Dorten seit dem Mai 1921 durchgemacht haben, in dem der Verfasser des Berichts „mit der Aufgabe betraut wurde, mit Dorten in Fühlung zu treten“. Es heißt weiter, mit der Unterstützung des französischen Oberkommissars sei Dorten in der Lage gewesen, seine Anhänger zusammenzubekommen, ihre Begeisterung hochzuhalten, keine Propaganda zu verbreiten und Zeitungen zu gründen. Das Oberkommissariat habe jedoch sein Zusammenarbeiten mit Dorten offiziell nicht zugeben dürfen. Die Parole sei gewesen, Zwischenfälle zu vermeiden, in Folge deren das Oberkommissariat wehrlos gemacht worden wäre. „Man habe ja nichts mit Dorten zu tun“, fügt der Verfasser des Berichts ironisch hinzu. Dorten sei allmählich auf das Niveau eines untergeordneten Agenten in französischem Solde herabgesunken. Seine Feinde seien nur zu froh gewesen, dies herauszufinden, und im „antipreußischen aber durch und durch deutschen“ Rheinland hätten Dortens Feinde es verstanden, diese Tatsache als tödliche Waffe zur Beeinträchtigung der rheinischen Politik zu benutzen.

Dr. Dorten habe versucht, Beziehungen zwischen Frankreich und den Industrien des Rheinlandes herzustellen. In Wiesbaden habe er das „Gemischte Bureau“ und später den „Rheinischen Verein“ gegründet. Der Bericht erklärt: „Obgleich diese Versuche zunächst energisch vom Oberkommissariat unterdrückt wurden, blieben sie fruchtlos“. Es heißt weiter, Dorten habe versucht, die rheinische separatistische Bewegung mit den übrigen separatistischen Mittelpunkten des nichtbesetzten Deutschland zu verbinden. Er sei in Verhandlungen mit Dr. Helm, dem König der bayerischen Bauern, getreten. Die zuerst vom französischen Konsul in München, Dard, befolgte Politik, die zu dem

Internationalen Kongress in Bamberg

geführt habe, schien Dortens Bemühungen zu rechtfertigen. Dorten sei gezwungen gewesen, seine Pläne aufzugeben; es bestände kein Zweifel daran, daß Dorten von Ende 1918 bis Mitte 1919 zahlreiche Anhänger gewonnen habe, und daß ganze Städte, an der Spitze die Rheinpfälzer, ihm Beweise ihres Vertrauens gesandt hätten. Dorten habe alle diese Unterschriften in seinen Akten, und wenn er sie gebrauchen will, so wird er in der Lage sein, auf viele Leute einen Druck auszuüben.“ Mitte 1922 habe Dorten seine Partei neu organisieren wollen; sein Programm eines autonomen Bundesstaates innerhalb des Reiches verfolgte, wie er Tirard wiederholt sagte, den Zweck, das Unbehagen seiner Anhänger zu beruhigen, die, zwar antipreußisch aber deutsch, eine verhäßte französische Annexion befürchteten. Nach Dr. Dortens Ansicht könnte ein solches Ergebnis nicht Bestand haben und würde bald erseht werden durch einen unabhängigen Staat mit Anlehnung an Frankreich. Dorten habe

vor kurzem eine große Anstrengung im Ruhrgebiet

gemacht und habe ein Sekretariat in Düsseldorf gegründet. 50 einflussreiche Personen hätten sich schon bereit erklärt, Mitglieder des zukünftigen ratgebenden Ausschusses des rheinischen Staates zu werden, ebenso wie 300—400 Personen als Mitglieder eines Wirtschaftsausschusses.

Der französische Oberkommissar erklärt in seinem Bericht, Dorten habe ihm diese Listen zeigen wollen, er habe jedoch „aus bekannten Gründen“ abgelehnt. Aber andere Personen hätten die Listen gesehen und ihn ihre Existenz versichert. Der Bericht fährt fort: „Außerdem versicherte mir Herr Dahlen, der Präsident des niederrheinischen Verwaltungsausschusses, daß er in den Bezirken von Aachen, Düsseldorf und Köln auf einige zehntausend Anhänger rechnen könne, die vollsten Vertrauens würdig seien. Dies ist viel mehr, als der von Artikel 18 der Reichsverfassung vorgeschriebene Prozentsatz. Köln erzielte nicht das volle Ergebnis, das man erhofft hatte, und zwar wegen der englischen Besetzung und der Schlappeheit und des Lohmanngangs des dortigen Delegierten Anstett Müller.“ Dortens Arbeit beschränkte sich auf die ländliche Bevölkerung und den Mittelstand,

„Propaganda unter den Arbeitern könnte zu sozialistischen Gegenoffensiven führen.“

Der französische Oberkommissar erklärt, gewisse Vertrauensleute Dortens, wie Grand'ry und Dahlen von Aachen, Müller von Köln und Simon von Wiesbaden haben ihn erkennen lassen, daß Dorten als der einzige Führer betrachtet werde, der in der Lage sei, die rheinische Bewegung zu einem erfolgreichen Ziele zu bringen. Ende Februar 1923 habe das Oberkommissariat Dr. Dorten drei ernste Dinge vorgeworfen: 1. daß er nichts tue, um die separatistische Bewegung zu entwickeln, daß er wesentlich ihre Bedeutung übertreibe und die französischen Anstrengungen im Ruhrgebiet

mit einem vollständigen Mangel an Aktivität im Rheinland begleite; 2. daß er die ihm anvertrauten Fonds mißbrauche habe; 3. daß er in der französischen Presse gegen das Oberkommissariat gerichtete Fehden entfacht habe. Der Verfasser des Berichts, der Dorten gegen diese Anwürfe in Schutz nimmt, erklärt, viele Agenten Dortens hätten wirklich Energie gezeigt und hätten unter Führung Dortens „einige zweifellos interessante“ Ergebnisse erzielt, deren Einzelheiten er allerdings augenblicklich nicht mitteilen könne. Den größten Einfluß auf Dr. Dorten ausgeübt und mit ihm immer sehr enge Beziehungen unterhalten habe General Mangin. Der Bericht schließt: Die Gründung des Rheinlandstaates werde natürlich nicht ohne Widerstand stattfinden. Die Arbeiter und die ehemaligen Kriegsteilnehmer, alle diese Elemente übten eine Rückwirkung aus. Andererseits verfolge Dorten über eine Organisation, die nützlich sein werde. Schlimmsten Falles könnte Dorten den Franzosen wertvolle Informationen liefern, sowohl bezüglich der Leute, als auch bezüglich ihrer Handlungsweise. Es würde ein Fehler sein, sich seiner Hilfe zu berauben, besonders da Dorten sich selbst den Rückzug abgesehen habe. Denn in Paris habe er seine Politik als in vollständiger Uebereinstimmung mit Frankreich befindlich bezeichnet.

„Keine Darlehensbedingungen mehr, die preußischen Mandatären besetzen könnten.“

sondern „ein unabhängiger Rheinlandstaat, der Anteil an den Reparationen nimmt“.

London, 25. Juni. (WZB.) Der Chefredakteur des „Observer“, Garvin, befaßt sich eingehend mit den vorstehenden Enthüllungen. Er schreibt, das vierte Jahr nach Unterzeichnung des Versailler Friedens habe mehr getan, um den Augen der Welt den grundlegenden Irrtum dieser Regelung zu enthüllen, als die drei vorhergehenden Jahre zusammengekommen. Poincaré habe bisher der wirtschaftlichen Regelung, die eine Vereinbarung bedeute, den Rücken gekehrt. Der entgegengesetzte Plan sei mehr und mehr in den Vordergrund der französischen Politik getreten. Mit ihm habe

der Traum der Siderheit Frankreichs durch Zerstückelung Deutschlands

konkretere Formen erhalten. Garvin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die heutigen Enthüllungen wenigstens einigen Franzosen die Augen öffnen werde. Der französische Oberkommissar lebe nicht, was jeder unparteiische Leser seines Berichts sofort sehen werde, daß der Plan der Loslösung des Rheinlandes von Deutschland nicht gelingen kann und bereits durch seinen bisherigen Mißerfolg verurteilt sei. Der Plan könne nicht gelingen, weil er die Laßhaftigkeit der menschlichen Natur und der deutschen Geschichte außer acht lasse. Die deutschen Arbeiter öffneten weder Dr. Dorten noch den Franzosen ihre Arme, weil sie keinerlei Aussicht hätten, die politische und wirtschaftliche Einheit zu verlassen, zu der sie und ihre Existenz gehören. Die französischen Separatisten würden sich selbst an der Laßsage der deutschen Einheit brechen, wenn sie diese nicht anerkennen wollten. Unter den günstigsten Bedingungen sei dies vor hundert Jahren Napoleon mißglückt, und Poincaré wolle es heute erreichen? Weshalb solle das Deutsche Reich weniger Recht an Einheit haben als Frankreich, weshalb sollen die Deutschen ihre Unterwerfung ertragen, was keine andere Nation ertragen würde? Solange der Geist des heute veröffentlichten Dokuments die französische Politik leite, könne nichts die Katastrophe abwenden, die Frankreich und Europa bevorstehe.

Der Eindruck in England.

London, 25. Juni. (WZB.) „Westminster Gazette“ nennt den französischen Geheimbericht ein „beunruhigendes Dokument“. Man müsse dem „Observer“ dafür dankbar sein, daß er ein Dokument veröffentlicht hat, das zeige, wie einige (?) französische Beamte gemerkt haben, um das Rheinland von Deutschland zu trennen. Wenn das Reparationsproblem in vernünftiger Weise für sich erörtern werden könnte, so sollten keine Schwierigkeiten für eine interalliierte Vereinbarung bestehen und keine unüberwindlichen Hindernisse für eine Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland. Selbes sei jedoch unmöglich, wenn Frankreich, wie es dies oft zu tun scheine, die

Reparationsfrage als untergeordnet

ansieht und wenn es wirklich auf den Ruin Deutschlands und auf die dauernde Kontrolle von unzweifelhaft deutschem Gebiet aus sei.

„Daily News“ schreibt, der französische Bericht enthalte eine klare Bloßlegung des französischen Versuchs, einen neuen

die Selbständigkeit der Volksbühnenbewegung und brachte folgenden Antrag ein: „Der Vertreter des Verbandes deutscher Volksbühnen ersucht den Vorstand, in lebendiger Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen ein Programm von entscheidender Klarheit für die kulturpolitische Haltung des Verbandes aufzustellen.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dr. Rehrle erklärte, daß ihm die hauptamtliche Belegung des Geschäftsführerpostens des Verbandes als notwendig erscheine, erkläre sich aber auf besondere Wunsch der Versammlung bereit, das Amt provisorisch weiterzuführen. Einstimmig wurde der alte Vorstand, bestehend aus Baake, Astenberg, Döcher, Springer, Seilgens, Dr. Rehrle, Ballschmiede wiedergewählt. In den Verwaltungsrat wurden berufen Chemnitz, Hiesfeld, Eisenach, Halle, Mainz, Düsseldorf, Stein, Hamburg, Hiltringen, Mannheim, Köln. Mit einem Rückblick auf die Wichtigkeit des Kongresses, der den einmütigen Willen zum weiteren Ausbau des Verbandes und zur Erreichung unserer kulturellen Ziele gezeigt habe, wurde darauf der 4. deutsche Volksbühnentag geschlossen.

Volksbühne und Laienspiel.

Vom Gen. Dr. Rehrle werden uns die nachfolgenden Zeilen übermittelt: „Der Bericht über den 4. Volksbühnentag in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ ist etwas irreführend. In meinen Ausführungen über die Idee der Volksbühne und die Erziehung zur Kulturgemeinschaft ist Wesentliches weggelassen, Unwesentliches in den Vordergrund gerückt. Eine Richtigerstellung erscheint mir insbesondere in einem Punkte wichtig: indem ich über die Idee der Volksbühne sprach, verwies ich auch auf die vom russischen Proletariat ausgehende Propaganda der völligen Beseitigung eines Berufschauspielerturns und eines neuen Aufbaues des Theaters auf dem Laienspiel. Ich betonte, daß diesen Gedankengängen ein schönes Ideal innewohne, daß sie aber unter den gegebenen Verhältnissen praktisch nicht zu verwirklichen wären. Sei die ible alte Diktatorienpolitik von vornherein abzulehnen, so sei es schwer denkbar, daß sich aus gemässenen vorhandenen Ansätzen ein neues Laienspiel von künstlerischer Bedeutung entwickle. Dilem hüten auch die Volksbühnen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aber ein Aufbau der Volksbühnen auf Laiendarstellungen sei grundsätzlich abzulehnen. Die Darstellungen der Volksbühnen müßten im wesentlichen Reiz getragen werden von Berufsdarstellern. Wohl könne hier bei dem heutigen Theaterbetrieb das Seelische gegenüber der Routine zu kurz kommen. Aber letzten Endes verburge doch nur ein Berufschauspielerturn jene Höhe und Kraft der künstlerischen Leistungen, die das notwendige seelische Material auslöst.“

Staatstheater.

Der Vorbericht für die am 7. Juli beginnende Sommertheaterzeit findet vom 26. Juni ab, vormittags 10 1/2 Uhr, an der Kasse III im Staatstheater, Gendarmenmarkt, statt. — Zur Aufführung gelangt das Eisenbahnspiel „Die Freier“, mit der Rolle von S. H. — Ein „Internationaler Studentenklub“ hat sich an der Universität zu Köln gebildet. Er will Ausländer, besonders solche, die an deutschen Hochschulen studieren, und Deutsche zusammenbringen, denen an der Pflege internationaler Beziehungen gelegen ist. Anfragen sind zu richten an den Schriftführer des Internationalen Studentenklubs Dr. Geymann, Münster, Reichstr. 47.

Auf in die Winterfrische!

Von Lisa Honroth-Boewe.

Seit Wochen stapeln sich auf meinem Schreibtisch hoch und und höher Briefe und Karten meiner sommerfrischen Freunde. Die Klagen der Unglücklichen über diesen miserablen aller Sommer gleichen sich aufs Haar. Ich lese nur noch Unterschrift und Herkunftsort dieser Karten, auf denen wie zum Hohn ein ewig trüblicher Himmel strahlt. Und ich weiß, daß es an der See ebenso regnet wie in den Bergen, daß man hier so friert wie dort. Ich sitze dabei in dem warmen Zimmer; mein Döschchen gluckt mollig; ich habe warme Füße und bin glücklich. Und vor lauter Glück — Denken ist bekanntlich Glückseligkeit — habe ich eine Idee gehabt. Warum in dieser Zeit der Streits und Boykotts donkottieren wir nicht endlich den deutschen Sommer? Jahr um Jahr lassen wir uns marren, reisen hinter ihm her und konstataren, daß der Regen da draußen nicht schöner ist, weil man ihn teuer kauft; daß man zu Hause einen ebenso realen Schnupfen haben kann wie in der Fremde!

Kreuzeln wir in diesem nassen Sommer mit unseren hohen auch unser Leben um! Weichen wir im Sommer zu Hause! Imzenken wir in jedem Jahre statt dessen eine Winterfrische! Ist die Sommerreise nicht nur eine Angewohnheit, und sollen wir in jedem Sommer durch den Sommer verschmuppelt sein? Wir sind alle noch von der fixen Idee besessen, daß wir wirklich noch einen Sommer haben, dessen Glück man entziehen müßte. In Wahrheit erklirt dieser Sommer längst nicht mehr. Mit dem gleichen Recht können wir uns jetzt in Ostindien einnähnen, weil wir vor Jahresmilionen in der Elzzeit gelebt haben. Verlegen wir den Sommer auf Weihnachten! Eine allgemeine Revolution: und unser Leben wird glücklich sein. Anstatt jetzt durch unsere Heimatstadt, diese Blauschwärze en gros, zum Bahnhof zu schwimmen, reisen wir im Winter in die Berge zur winterlichen Sommertour. Man muß zu denken teuren Preisen schlechtes Essen und marrende Betten haben können. Man muß Wirtinnen haben, welche Wohnungen mit flaffenden Läden und Hahnenschrei vermarkten. Kurzum alle Annehmlichkeiten der Sommerferien müssen gewahrt bleiben. Mit einem Schloge ist die sommerliche Reisezeit dann konfottiert. Die Sommerferien verlagern sich von der Jahresmitte auf die Jahreswende. Im Dezember eröffnen die Theater die Sommeroperette, verdrängt die Stadt, triumphiert die Winterfrische. Die Sommerreise gehört der Geschichte an. Höchstens daß man im Juli zum Neuschnee in die Südschweiz geht.

Diese Vorschläge gelten aber nicht nur für uns Großstädter. Auf dem Lande, wo man mit den Sommerwochen als Erntzeit rechnet, ist der Konflikt am dringlichsten. Und die Naturwissenschaften sollte endlich ausnablen, wie man etwa die Reisezeit des Getreides in den immer sommerlicher werdenden Winter verlegt. Ingeßichts der mangelnden Sommerglut ist die Frage der neuen Ernteregulierung brennender als andere Probleme, über die sich die Menschheit den Kopf zerbricht; brennender als die Frage, ob man die Reparationen zahlen, ob man das Geschlecht der Kinder vor der Geburt bestimmen kann.

Freunden meiner Sommerboykottidee verrate ich zum Schluß aber noch meinen feinsten Tip. Wie, wenn nun alle Leute meinem Rote und dem Zug nach dem Winter folgen, und der Sommer wird aus angeborener Niedertrotz besonders gut? Würde man dann nicht unsere Berge und Meere genießen können wie nie zuvor? Das Riesengebirge durchwandern, ohne lächliche Leute zu hören. Einen Hüder wirklich sitzen sehen! Die Ueberföderung der Wätereiten erbeden, die jetzt zu einer Vereinigung valutarechnender Bankierseelen geworden ist. Unerhörte Perspektiven eröffnen sich.

Also los vom Sommer! Auf in die Winterfrische! Reisevorschläge kostenlos!

Der dritte Tag des Volksbühnentages wurde mit einem Redruf auf das verstorbene Vorstandsmittglied der Berliner Volksbühne Wagner eröffnet, dessen Andenken die Versammlung ehe. Geil-Chemnitz referierte über die künstlerische Ausgestaltung der Vorbereitung der Volksbühnen. Die Verbesserung der Werbungsblätter, der Mitteilungsblätter und der Personenzettel sei gleichmaßen wichtig. Das Inerat in diesen Druckfachen müsse nach ästhetischen Gesichtspunkten geformt werden, am besten aber sei seine Ausschöpfung. Das Material möge gefällig sein, es dürfe nur wichtigen Text enthalten. Wünschenswert sei eine Preisausschreibung zur Schöpfung eines charakteristischen Volksbühnen-Symbols. Das beste Werbemittel sei allerdings ein Programm künstlerisch hochstehender Aufführungen selbst. Der Verbandbeitrag wurde auf 1 Proz. der Einnahmen der Vereine festgelegt, dem Verbandsvorstand und Verwaltungsrat aber die Befugnis zugesprochen, den Beitrag bis auf 2 Proz. zu erhöhen. Weiter wurde eine neue bezirksweise Gliederung des Verbandes beschlossen in der Weise, daß in Provinzen bzw. Ländern, in denen mehr als zwei Volksbühnen vorhanden sind, Bezirkegruppen gebildet werden müssen. Die Beiprechung zwischen dem Verbandsvorstand und den Vertretern der Vereine Frankfurt, Köln und Breslau hat folgendes Ergebnis gehabt: „So wenig einer Theaterbesucherorganisation das Recht zu einer bestimmten weltanschaulichen Einstellung beizutreten werden kann, so muß doch den Versuchen des Bühnenvolksbundes, das gesamte deutsche Theater einseitig im Sinne der von ihm vertretenen Weltanschauung zu beeinflussen, entschieden entgegengetreten werden. Wo Vertreter des Bühnenvolksbundes die Interessen ihrer Bewegung in einer mit den Grundätzen der Wahrhaftigkeit unverträglich oder die Arbeit der freien Volksbühnen schädigenden Propaganda vertreiben, worüber aus zahlreichen Orten Berichte vorliegen, ist dagegen der schärfste Kampf notwendig. Gegenseitige kulturpolitische Auffassungen von Besucherorganisationen brauchen die gemeinsame Vertretung gemeinsamer Interessen von Fall zu Fall gegenüber Behörden und Parlamenten nicht auszuschließen. Die Mitwirkung des Volksbühnenverbandes in der Preussischen Landesbühne erstreckt sich gegenwärtig lediglich auf organisatorische und wirtschaftliche Aufgaben. Die Frage der endgültigen Gestaltung der Preussischen Landesbühne soll alsbald innerhalb des Verbandes beraten werden.“ Dr. Seilg besprach die Aufgaben der Landesbühnenorganisationen. Dr. Gehardt-Frankfurt a. M. betonte

Staat im Rheinland zu errichten durch Intrigen mit Dorten. Der Bericht zeigt, daß Dorten Geld und Unterstützung für diese Pläne hinter dem Rücken der interalliierten Oberkommission der rheinischen Gebiete erhält.

„Morning Post“ jedoch, die sich in einem ironischen Beitrag mit der „Unberücksichtigung“ des Deutschen Reiches befaßt, schreibt, es sei unverständlich, weshalb irgendein Engländer besorgt sein sollte, den stark zentralisierten Staat, der nach dem Kriege in Weimar geschaffen worden sei, aufrechtzuerhalten. Ein zentralisiertes Deutschland sei eine Bedrohung der Länder Frankreich und Belgien, die sich nicht gegen die deutschen Stämme wenden würden, solange diese sich nicht unter einem Herrn befänden. Bonar Law habe vom wirtschaftlichen Standpunkt aus keine, sei Interesse für die Aufrechterhaltung der Unversiehlbarkeit des Deutschen Reiches gehabt, sondern habe bei mehr als einer Gelegenheit die Ansicht ausgedrückt, daß Deutschland für England als Konkurrent gefährlicher wäre als alle übrigen Rivalen.

Unbehagen in Paris.

Paris, 25. Juni. (Frankf. Ztg.) Die offizielle Presse versucht, dem Geheimbericht Tirards jede Bedeutung abzusprechen! Man bemüht sich, die Echtheit des vier „Oberer“-Spalten füllenden Dokuments in Frage zu stellen. Es abzuleugnen, wagt man jedoch nicht, und selbst der „Temps“ beschränkt sich auf die Erklärung, „er glaube nicht“, daß in den Archiven des Außenministeriums ein derartiger Bericht existiere. Im Beitrag entwirrt sich das Blatt darüber, daß ein Mensch mit gesundem Sinn glauben könne, daß die französische Regierung die separatistische Bewegung im Rheinland mit den Zielen einer territorialen Aufgliederung unterstütze und ermutige. Der feinerzeit veröffentlichte Geheimbericht Darlacs wurde zunächst ebenfalls abgelehnt und erst später, als man sein Vorhandensein nicht mehr bestreiten konnte, bezeichnete man ihn als eine unmaßgebliche Privatmeinung! Trotzdem wurde diese „Privatmeinung“ programmatisch für Frankreichs Politik. Die Ablehnung des jetzt bekannt gewordenen Tirard-Berichts wirkt außerdem schon deshalb recht eigenartig, wenn man sich erinnert, daß Tirard als Reich für die zerstückte Guttenberg-Druckerei in Koblenz, wo die Dortenschen Separatistenblätter gedruckt wurden, Druckmaschinen bei anderen Druckereien beschlagnahmte.

Notlage.

Paris, 25. Juni. (EP.) Der „Quai d'Orsay“ veröffentlicht ein Komunique, wonach die Echtheit des vom „Oberer“ veröffentlichten Dokumentes über die Beziehungen der französischen Regierung zur separatistischen Bewegung des Dr. Dorten im Rheinland bestritten wird.

Ist Frankreich verständigungswillig?

Der „Temps“ mal so — mal so.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Als der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ vor wenigen Tagen die Möglichkeit einer direkten deutsch-französischen Verständigung in einem ausführlichen instruktiven Artikel untersuchte, antwortete der Pariser „Temps“ in einer Gegenerklärung, die äußerst wohlwollend gehalten war, in ihren Einzelheiten aber manche Unklarheiten enthielt. In keiner Erwiderung darauf forderte der „Soz. Parlamentsdienst“ als Beweis für den angeblichen französischen Verständigungswillen eine einwandfreie Erklärung zu dem von uns vorgelegten Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit, insbesondere zu den von uns vorgeschlagenen, klar formulierten Voraussetzungen. Der „Temps“ hat auf diese Ausführungen in einer Art und Weise geantwortet, die seinen ersten Ausführungen vollkommen widerspricht. Jetzt weist er unsere Voraussetzungen für einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit — als Inspiration der deutschen Regierung auf das entscheidende zurück. Bei jeder Gelegenheit fordert der „Temps“ Aufrichtigkeit von Deutschland, aber er selbst denkt nicht daran, auch nur ähnlich zu verfahren. Denn er weiß genau, daß die deutsche Sozialdemokratie mit der gegenwärtigen Regierung nichts gemein hat und sie in ihrer Außenpolitik nur zeitweise unterstützte, weil das aus nationalen Gründen notwendig ist. Die Bezeichnung des SPD-Artikels als Inspiration der Reichsregierung erfolgte also wider besseres Wissen. Gewiß, wenn der „Temps“ unter Aufrichtigkeit nationale Würdelosigkeit versteht, dann werden wir niemals so „aufrichtig“ sein können.

Die gleichzeitig von dem offiziellen Pariser Organ unter entscheidender Ablehnung unserer Voraussetzungen gedruckten Bedingungen Frankreichs für einen Waffenstillstand sind unseres Erachtens für Deutschland unerträglich. Wie ist es überhaupt mit der Auffassung des „Temps“ vereinbar, der Reorganisation der deutschen Finanzwirtschaft fordert, plötzlich darauf zu bestehen, daß die Gläubiger Deutschlands die mit Gewalt in Besitz genommenen Länder behalten, d. h. die Eisenbahnregie auch in Zukunft in den besetzten Gebieten weiterführen? Entweder versucht Frankreich die Länder zu behalten und muß sich dann darin schiden, daß Reorganisation der deutschen Finanzkraft und Sachleistungen für absehbare Zeit unmöglich bleiben; oder aber es schiedt sich darin, auf die Länder zu verzichten, dann hat es das Recht, mit allem Nachdruck Reparationen zu verlangen, die im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit liegen. Solange aber Frankreich auf Ländern besteht, verwirrt es moralisch das Recht auf finanzielle Leistungen.

Wenn der „Temps“ seine Meinung von heute auf morgen zum eigenen Schaden widerruft, so kann man so Verständigung nicht betreiben, für die doch angeblich auch Frankreich sein will!

Devisenkurse.

	25. Juni		23. Juni	
	Käufer- (Bel-) Kurs	Verkäufer- (Bel-) Kurs	Käufer- (Bel-) Kurs	Verkäufer- (Bel-) Kurs
1 holländischer Gulden	44638.—	44862.—	47481.—	47719.—
1 argentinische Papier-Peso	40098.50	40701.50	42892.50	43107.50
1 belgischer Franc	8009.50	8040.50	8884.—	8416.—
1 norwegische Krone	18858.—	18747.—	20143.50	20250.50
1 dänische Krone	20949.—	20451.—	21745.50	21854.50
1 schwedische Krone	80174.—	80328.—	82119.50	82290.50
1 finnische Mark	—	—	8341.50	8358.50
1 japanischer Yen	—	—	59850.—	60150.—
1 italienische Lire	5112.—	5138.—	5456.—	5484.—
1 Pfund Sterling	523684.—	529313.—	558600.—	561400.—
1 Dollar	113961.—	114538.—	121196.—	121801.—
1 französischer Franc	7052.—	7088.—	7506.—	7544.—
1 brasilianischer Milreis	11870.—	11930.—	12468.50	12531.50
1 Schweizer Franc	20898.50	20501.50	21745.50	21854.50
1 spanische Pieta	18857.50	18942.50	17955.—	18045.—
100 österr. Kronen (abgek.)	—	—	170.82	171.68
1 tschechische Krone	—	—	8640.50	8659.50
1 ungarische Krone	—	—	1350.—	1364.—
1 bulgarische Leva	—	—	1886.50	1893.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1876.50	1888.50

Dem Gedächtnis Rathenaus.

Feiern im Reichstag und im Auswärtigen Amt.

Der Gedenktagsfeier des Reichstages sah am gestrigen Sonntag eine feierlich gestimmte Trauerverammlung, die die Erlinien bis hoch oben gefüllt hatte. In den Gängen des Saales klang die Menge der Gelommenen — wohl insgesamt an die 2000 —, um des vor einem Jahre, am 24. Juni 1922 durch Mörderhand hingerichteten Staatsmannes Walter Rathenau zu gedenken.

Als erster sprach Kultusminister a. D. Genosse Konrad Haenrich für das Präsidium des Deutschen Republikanischen Reichsbundes: Der 24. Juni des Jahres 1922 ist eines der schmerzhaftesten Blätter der dunklen Blätter wahrlich nicht armen neuen deutschen Republik. Denn man an diesen schändlichen Mord, so muß man sich immer wieder fragen: Sind wir denn mit politisch führenden Köpfen so überreichlich gesegnet, daß wir eine geistige Potenz, wie sie Walter Rathenau war, leichten Herzens embeihren können? Er war ja nicht der erste. Ein Jahr vorher wurde Erzberger das Opfer eines niederträchtigen feigen Mordes, der eine der stärksten Lebenspotenzen war, die das deutsche Volk seit Bismarck und Bismarck gehabt hat. Ihm wieder vorausgegangen waren Barck in München und Hans Baasche. Eine Schar ehelicher Volkseurende und Vorkämpfer eines freihellen republikanischen Deutschland, ohne Grund sinnlos gemeinam Mord zum Opfer gefallen. Vielleicht wäre manches in dem verlassenen Jahre anders gekommen, wenn uns dieser Mann erhalten geblieben wäre. Dennoch aber fühlen wir, daß sein Blut nicht umsonst geflossen ist. Sehen wir doch, daß es ganz ungebeut zum Ritt für den republikanischen Gedanken in Deutschland geworden ist. Die erste mächtig wirkende Folge war, daß sich die beiden sozialistischen Parteien zu unheiliger Kompromitt zusammenfanden und dadurch der Reaktion eine unüberwindliche Abwehrfront entgegenstellten. Dem Bürgertum wurden endlich die Augen geöffnet über die Gefahren, die dem ganzen Volk drohen. Heute sehen wir als Folge davon eine überraschende und hocherfreuliche ständige Zunahme der republikanischen, besonders der Jugendverbände. Der 24. Juni sollte deshalb so gut zu einem ständigen republikanischen Gedenktage werden wie der 9. November und der 11. August, der Verfassungslog geworden ist. Das sollen nicht nur Erinnerungstage, sondern auch Kampftage sein. Denn es wird in Zukunft für das deutsche Volk und seine Republik nicht nur zu arbeiten und zu kämpfen sein, sondern, wenn es nottut, auch zu sterben. Genosse Haenrich schloß seine Ausführungen mit den mutigen Worten des Freiheitskämpfers Gedichtes: Traß alledem!

Die Gedächtnisrede hielt Reichsminister a. D. Prof. Dr. Preuß, in der er Rathenau als den Blutzug der sozialen deutschen Demokratie und der internationalen Verständigung bezeichnete. Der Mittelpunkt der Veranstaltung erreichte der Dichter Fritz v. Arnim, der mit herabstürzenden Schlägen seiner mächtvoll hammerschlagenden Stimme an die Seiten der Großen und Kleinen, der zöghaften Bürger und der verantwortlichen Kelter sprach und die unerhörte Not eines vor einem Abgrund der Verzweiflung stehenden Volkes hinausrief. Unvergleichlicher Ausdruck eines neu emporkommenden Gefühls, das Volk und Menschheit zu einem weis. Jeder rednerischen Darreichung folgte durch Mitglieder des Berliner

Philharmonischen Orchesters eine musikalische, die mit den Klängen Beethovens, Schuberts und Haydns meisterlich den Gram und die Unrast aus den Seelen lösten. Mit Haydns „Adagio cantabile“ aus dem Streichquartett 42, das die Melodie des Deutschlandliedes enthält und es in Variationen sich aufrufen läßt, schloß die Feier im Reichstag.

Die letzten Klänge des Adagio cantabile von Haydn waren erklingen, als sich die Türen öffneten, und von schwarzrotgoldenen Fahnen konfiziert, die Trauerverammlung den Reichstag an der Stelle auf der großen Freitreppe verließ, wo man vor einem Jahre den großen Toten hinaustrug. Mehrere Kostanten, würdig gekleidet und von einem schwarzrotgoldenen Kohnmeyer umgeben, von der Menge lebhaft begrüßt, schritten die Treppe nach der Fuhelstätte des Toten in Bewegung. Durch den Tiergarten, die Bismarckstraße, den Kurfürstendamm entlang, über den Potsdamer Platz, Leipziger Straße, Drankienstraße ging es über Treptow und Baumhulienweg nach Oberschöneweide. Von den Zinnen der A. G. Gebäude wehten die Fahnen auf halbmaße, ja selbst in der benachbarten Laubenzonnie flatterte von der letzten Junifolme übertrahit, das schwarzrotgoldene Tuch. Die Straße, die zum Friedhof führte, war dicht gedrängt voll Menschen; ebenso der Friedhof selbst. Neben der Familiengruft, von einer mit Tannengrün geschmückten Rednertribüne wird noch einmal auf die Bedeutung des Tages aufmerksam gemacht. George vom Staatstheater bringt meisterhaft Verse Duderhads zum Vortrag.

... wer unsem Volk solch Patrioten raubt,
Er kauft sich nun und ewig, wenn er glaubt,
Durch Mord der Freiheit Siegeszug zu enden.
Die Fahnen senken sich, die Kränze werden niedergelegt. Unter ihnen ein großer Kranz der Jungsozialisten, der die Aufschrift trägt: „Blutzeugen sind die Wegbereiter des Sieges.“ Nur langsam zustrückte sich die Menge.

In Gegenwart des Reichspräsidenten fand gestern im Auswärtigen Amt eine öffentliche Gedächtnisfeier für Walter Rathenau statt. Die Gedenkrede hielt der Gesandte von Litauen. Der Redner behandelte die Beziehungen Walter Rathenaus zur auswärtigen Politik und zum Auswärtigen Amt. Er führte aus, daß Rathenau starker und reiner Patriotismus, der gerade in dem Reichtum seiner internationalen Erfahrungen wurzelte, ihn zu der Stelle führte, an der die wichtigsten Entscheidungen fallen mußten. Er charakterisierte sodann die Grundzüge der Politik Rathenaus, die, auf die Eigenespektivität des Wirtschaftslbens gegündet, gerade in den wirtschaftlichen Fähigkeiten des deutschen Volkes die Möglichkeit seiner Gefundung und seines Wiederaufstiegs erblickte, und schloß mit einem Appell an die Beamten des auswärtigen Dienstes, im Sinne Rathenaus die Bedeutung ihrer Arbeit zu fühlen, und, jeder auf seinem besonderen Arbeitsfeld, Initiativen zu entwickeln. — Trauerrüst umrahnte die eindrucksvolle Feier.

Potsdamer Kummel.

Potsdam, die preußische Reaktions-Zentrale, hatte gestern wieder einmal einen „grünen Tag“, und zwar genau an dem Tag, an dem vor einem Jahr Walter Rathenau „gejagt“ und „zur Strecke gebracht“ worden war, fand man es für nötig, in Potsdam einen Jagertag zu veranstalten. Am Sonnabend ging der übliche Kummel schon los. Die nationalen Verbände feierten in der preußischen Staatsforst am Beauhausberg zu Ehren Schlageters „Sonnenwend“, enthielten eine Gibe und ließen sie von einem richtigen ehemaligen Oberhofprediger Vogel einlegen, was befänglich außerordentlich folgemaß ist, da die alten Germanen bei ihren Sonnenwendfeiern auch preußische Oberhofprediger zur Verfügung hatten. Der Herr Vogel stellte Schlageter als Beispiel hin, den Kampf gegen den äußeren und den nach gefährlicheren inneren Feind in edler deutscher Treue zu führen. Den Kampfschrei dieses Preußen-Vogels gegen den „inneren Feind“ wird die Ruhrarbeitschaft mit besonderer Freude hören.

Gegen diesen Unisug veranstaltete die Arbeiterchaft Potsdams gemeinsam mit Berliner Republikanern eine Gegen-demonstration, die von etwa 5000 Menschen ausgeführt wurde und starken Eindruck machte. Am Mittag erfolgte im Potsdamer Lustgarten eine große Demonstration für die Republik. Während des Umzuges kam es am Artillerieplatz in der Jägerallee zu einem Zusammenstoß. Dort hatten sich mehrere Schüler mit schwarz-weiß-roten Bändern am Knopfloch aufgestellt, als die Arbeiter vorbeizogen. Pöhlisch fand ein Handgemenge statt. Schupo sorgte dafür, daß die Parteien auseinander gingen.

Am heutigen Vormittag fanden die völkisch-nationalen Veranstaltungen ihre Fortsetzung. Vom Potsdamer Bahnhof aus sah man viele ehemalige Kämpfer in aufgereiztem Stanz ihrer kaiserlichen Uniformen gegen Potsdam dampfen, wo am Bassinplatz die Enthüllung des Gardejägerdenkmals stattfand. Das Denkmal stellte einen Handgranaten werfenden Gardejäger dar, eine außerordentliche Gefährlichkeit, aber sehr hübsch, da bekanntlich auch in früheren Zeiten die Jäger das Bild nur mit Handgranaten schossen.

Wildwest in Charlottenburg.

Ueberfall auf die Gasanstalt in der Gausstraße.

Einen vermögenden Raubüberfall führten am Sonnabend abend gegen 10½ Uhr sechs maskierte Räuber auf dem Grundstück der städtischen Gasanstalt 3 in der Gausstraße auf. Mit Pistolen und Dolchen bewaffnet überfielen die maskierten Räuber den Gasmeister und raubten 22 Millionen Mark Lohngeelder, die dieser abgehängt bereitliegen hatte, um sie an die Arbeiter der Nachtschicht auszuzahlen.

Das Gelände der Gasanstalt liegt ziemlich frei inmitten mehrerer großen Laubenzonien. Es ist mit einer großen Mauer umgeben, durch die ein großes Einfahrstor und eine kleine Seitentür Einlaß gewähren. Für sich allein steht auf dem Grundstück das Haus des Gasmeisters, in dem dieser die Lohnauszahlung gemacht vornimmt. Am Sonnabend abend war dieser, der 59 Jahre alte Hermann Puls aus der Cominer Str. 8, damit beschäftigt, die Lohnlisten für die Arbeiter der Nachtschicht zusammenzustellen und das Geld für die einzelnen Arbeiter zuzurechnen. Plötzlich öffnete sich die Tür und vor ihm standen etwa 5 bis 6 Männer, die alle schwarze Masken trugen. In ihren Händen hatten sie Pistolen und Dolche. Die Wassen richteten sie auf den Gasmeister und forderten ihn auf, sich mit dem Gesicht nach der Wand zu stellen. Links und rechts neben ihm nahmen zwei der Räuber Aufstellung. Sie drohten ihm, ihn sofort zu erschließen, wenn er Wiene mache, sich umzuwenden. Unterdessen machten sich die anderen Räuber dabei, das Geld zusammenzurufen. Sie stahlen den gesamten Inhalt der Holztriste, 22 Millionen Mark, überjahren ober in der Eise eine zweite Kiste, die denselben Betrag enthielt. Mit der Beute suchten dann die Verbrecher sofort das Weite. Der eingeschüchterte Gasmeister getraute sich zunächst nicht, das Haus zu verlassen und um Hilfe zu rufen. Er veruchte zwar, durch das Telephon das Ueberfallkommando zu benachrichtigen, doch stellte sich heraus, daß die Drähte durchschnitten worden waren. Erst eine Weile später wurde dem Gasmeister Ueberfallkommando alarmiert, das noch in der Nacht das Gelände nach den Tätern absuchte, doch waren diese schon mit der Beute spurlos verschunden. Sie hatten das Grundstück wieder durch die kleine Eingangstür verlassen, die sie vorher mit einem Schlüssel geöffnet hatten. Auf die

Ergreifung der Täter ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen werden im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Der Mordprozess Hauehner.

Vom Heiratschwindler zum Mörder.

Der am vorigen Montag nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte Raubmordprozess gegen den Kaufmann Hauehner, dem die Ermordung der Verkäuferin Anna Dettner aus der Färbereifabrik in der RogstraÙe am 7. Februar d. J. zur Last gelegt wird, wurde heute wieder aufgenommen. Die Verhandlung mußte damals vertagt werden, da das Gericht dem Antrage von Rechtsanwalt Dr. E. Aron stattgeben mußte, um neue Zeugen zu ermitteln, auf die sich der Angeklagte zum Beweise seines Alibis für die Zeit des Mordes berief. Der Angeklagte hatte ursprünglich ein Geständnis abgelegt, daß er die Dettner in ihrem Vaten mit einem Hammer niederschlugen, dann in das Hinterzimmer geschleppt und, als sie noch lebte, ihren Kopf nochmals mit dem Hammer bearbeitet zu haben. Dann habe er den Raub in Kartons eingepackt und dem bedeutungswerten Opfer den Hals mit einem Schustermesser durchgeschnitten. In der Verhandlung widerrief Hauehner das Geständnis. Die Vernehmung des Angeklagten erweist heute einige interessante Einblicke in sein Vorleben. Er ist der Sohn eines Kaufmanns aus Thüringen, hat die Oberreal- und Handelsschule besucht. Nachdem er in einem selbständigen Unternehmen das väterliche Vermögen verloren hatte, war er nach dem Kriege heruntergekommen und schließlich in der bekannten Kuppelquartier der Pension Schmied in der Körnerstr. 11 gelandet. Diese Pension war bekanntlich auch der Ausgangspunkt für die Vorbereitungen der Ermordung des Teppichhändlers Reiser, bei dem Frau Spanier die treibende Kraft war. In dieser Pension lernte er einen Baron v. Buchwald, einen ehemaligen Offizier, der dann gestrandet ist, kennen. Dieser Baron, der auch im Reiser-Prozess als Zeuge auftrat, schloß mit dem Angeklagten einen Adoptionsvertrag. Hauehner stellte auf Grund des aligen Namens, da er noch nicht mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten war, eine reiche Heirat machen. Da aber die Mitglieder der Familie v. Buchwald aus Tradition sämtlich den Vornamen Joachim Henning führen, so mußte beim Amtsgericht Gotha ein Antrag auf Aenderung des Vornamens gestellt werden. Das Amtsgericht und auch der Justizminister lehnten den Antrag ab, da der Verdacht der gewaltsamen Nichter bestand. Inzwischen hatte der Angeklagte aber bereits den Namen Joachim Henning v. Buchwald angenommen und eine Bierzimmervohnung in der Eisenacher Straße gemietet und betrieb von hier aus so umfangreiche Vorlehn-, Wechsel- und Heiratschwindel, daß er ins Gefängnis kam. Nach Verbüßung seiner Strafe ist er immer mehr heruntergekommen. Er veruchte von neuem, Heiratschwindel zu machen, die in voller Entwicklung waren, als er wegen der Tat verhaftet wurde. Der Angeklagte hatte sich in der letzten Zeit auf das Betteln verlegt und in dem Asyl in der Fröbelstraße verkehrt. Zu der Tat erklärte er, daß der Mord von dem Unbekannten, dem angeblichen Franke aus Dresden, verübt sei.

Auf dem Müggelsee senkte gestern in der sechsten Morgenstunde das Segelboot IV 123. Mitgliedern des Schwimmvereins „Welle“ gelang es, die auf dem gekenterten Boot liegenden Insassen, einen Herrn und eine Dame, mit Unterstützung eines hinzugelommenen Rettungsbootes aus der Lebensgefahr zu retten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch kühl und Abends mäßig trübe, mit leichten Regenschauern und ziemlich kräftigen nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis, Wilmersdorf. Dienstag, 26. Juni, 7½ Uhr, engere Kreisvorsitzungsfeier bei Schramm, Hohenjessenendamm 2.
27. und 30. Mitteilung. Mitteilung, Frauen! Die Genossinnen beteiligen sich am Freitagabend der 2. Mitteilung, heute abend, Schulaula Danziger Straße.
32. Mitteilung. Die Funktionärerversammlung am Montag, den 25. d. M., läßt aus jeder Genossin anzuregen für guten Besuch der Abteilungsverammlung am Mittwoch, den 27. Juni in der Goethe Schule.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

02. Mitteilung, Neukölln. Genosse Kurt Harocent, Herrmannstr. 75, ist verstorben. Beerdigung: Dienstag, den 26. Juni, nachmittags 3 Uhr, Krematorium Baumhulienweg.

Gewerkschaftsbewegung

Index oder wertbeständige Löhne?

Der Unterschied ist wesentlich. Indexlöhne beruhen lediglich auf den Lebenshaltungskosten, die nach den Kleinhandelspreisen ermittelt werden. Nun ist es bekannt, daß unsere amtliche Statistik der Kleinhandelspreise sehr fehlerhaft ist. Um es nur an einem Beispiel zu zeigen: Nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug die Steigerung im April 3,5 Proz. Nach dem von Calmer berechneten Ernährungsaufwand einer vierköpfigen Familie (die nach den Friedensrationen der Marineoffiziere berechnet ist) betrug die Steigerung nach der „Großen Ration“ in der ersten Aprilwoche 6,7, in der zweiten — 0,1, in der dritten 4,5 und in der vierten Woche 3,5 Proz. Nach der „Kleinen Ration“ war die Steigerung 3,6, 3,2, 2,1 und 7,9 Proz. Also nach der „Großen Ration“ eine Steigerung von 14,7, nach der „Kleinen“ von 16,8 Proz. Die amtliche Statistik errechnete jedoch nur 3,5 Proz. Gewiß sind in der amtlichen Statistik noch die Wohnungs- und Bekleidungskosten enthalten, wo im April eine Ermäßigung eintrat oder die Steigerung gering war. Das trifft aber auch teilweise für die Ernährung zu. Für die Ernährung allein errechnet die amtliche Indexziffer im April eine Steigerung von 5,6 Proz., also um 9,1 bzw. 11,2 Proz. weniger als Calmer, der eben Friedensrationen und nicht einen Ernährungssatz errechnet. Die ungeheure Spanne, die zwischen Großhandelsindex und Lebenshaltungsindex liegt, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es sich bei diesem um einen Index handelt, der in jeder Beziehung unzureichend ist.

Aber auch dann, wenn in der Zukunft, wie der Reichswirtschaftsminister verspricht, die Lebenshaltungskosten besser erfaßt, eine Reform, bei der man adäquater muß, daß sie nicht eine Verschlechterung bedeutet — wir erinnern nur an die Schlüsselzahl im Buchhandel, die eine Verschlechterung der seit 1914 wirklich eingetragenen Teuerung ist — jede Woche festgestellt und — wie der IFA-Bund verlangt — am Mittwoch veröffentlicht würden, so daß am folgenden Freitag bei der Lohnauszahlung darauf Bezug genommen werden könnte, so würde damit nur die Teuerung in einer Periode festgestellt sein, die bis zu zehn Tagen zurückliegt, während der Lohn für den Verbrauch der folgenden sieben Tage ausreichen soll. Es liegt also zwischen Verbrauch und Ermittlung eine Spanne bis zu 17 Tagen. Es muß aber mit einer größeren Spanne gerechnet werden. In Zeiten einer rapiden Geldentwertung bedeutet eine Spanne von zwei Wochen unter Umständen eine Verdoppelung der Preise. Der Arbeiter würde also nicht einen wertbeständigen Lohn, sondern einen entwerteten Lohn erhalten.

Das ist um so weniger zulässig, als der Fabrikant nicht einen zurückliegenden Preis, sondern nach dem Dollarstande am Lieferungszeitpunkt die vom Arbeiter hergestellte Ware bezahlt bekommt. In dieser Spanne, die bis jetzt erheblich größer ist, liegt ein spekulativer Anreiz zur Wertentwertung. Der Warenbesitzer hat ein Interesse am Sinken der Mark. Um dieses Interesse beim Lohn auszuschalten — bei den Steuern muß es der Staat tun —, muß die Ware Arbeitskraft gleichfalls nach dem Wiederbeschaffungspreis bezahlt werden. Es muß also ein Wertmesser angewendet werden, der die Wiederbeschaffung der Arbeitskraft wirklich wertbeständig bezahlt. In Zeiten rapider Preisschwankungen kann das auch nicht der beste Kleinhandelsindex sein. Es muß also schon aus diesem Grunde ein anderes Verfahren zur Ermittlung des Wiederbeschaffungspreises der Arbeitskraft angewandt werden.

Dieses Verfahren liegt in einer Verbindung des Kleinhandelsindex mit einem anderen Index. Nach dem Ergebnis unserer Untersuchungen, die sich mit den anderen Untersuchungen decken, wäre das beste und einfachste Verfahren eine Verbindung von Klein- und Großhandelsindex. Bei einem Sinken der Mark gehen die Großhandelspreise den Kleinhandelspreisen voran. Bei einem Steigen der Mark steigen die Kleinhandelspreise zunächst mehr, die Großhandelspreise bleiben zunächst stabil, um dann langsam dem Sinken des Dollars zu folgen. Da zwischen der Feststellung der Preisänderungen, ihrer Veröffentlichung und schließlich der Wiederbeschaffung der Arbeitskraft eine Spanne von zwei bis drei Wochen liegt, findet bei einer Verbindung von Groß- und Kleinhandelsindex der gegenseitige Ausgleich statt.

Aber nicht allein aus diesen beiden Gründen — Unterbindung des spekulativen Antriebs und Wiederbeschaffungspreis der Arbeitskraft — ist der Indexlohn abzulehnen. Indexlöhne berücksichtigen — überdies sehr mangelhaft — den Arbeiter nur als Verbraucher. Er ist aber zunächst Erzeuger. Er hat Anspruch darauf, daß auch sein Erzeugerinteresse berücksichtigt wird. Es ist sogar volkswirtschaftlich, dieses Erzeugerinteresse zu wahren. Deshalb hat man ja in England und Amerika die geltende Lohnliste eingeführt, die jedoch, besonders in Amerika, zu Auswüchsen geführt hat. Also ebenso aus Gründen der Logik und der Billigkeit, wie aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen sind Indexlöhne abzulehnen und wertbeständige Löhne zu fordern, die den Wiederbeschaffungspreis der Arbeitskraft mit möglicher Genauigkeit feststellen, die Erzeuger- und Verbraucherinteressen des Arbeiters berücksichtigen und den Anreiz zur Spekulation auf die Wertentwertung ausschalten.

Zum Abbau im Versorgungswesen.

Die Angestellten der Versorgungsämter im Bereich der Hauptversorgungsämter Berlin und Brandenburg waren am Freitagabend 24. Juni in der Boddenstraße, Fiedrichstraße, versammelt, um der Bericht von der Tagung in Frankfurt a. M. bezüglich des Abbaues im Versorgungswesen entgegenzunehmen. Gerstenberger führte hierzu aus, daß man jetzt ernstlich Front machen müsse gegen die fortwährenden Entlassungen bei den Behörden. Andere Behörden geben dazu über, ihre Beamten zu befördern, während auf der anderen Seite Angestellte zugunsten der Beamten den Laufposten erhalten. Auch reaktionäre Kreise sehen in der Angestelltenchaft der Behörden ein Uebel. Dies ist leicht erklärlich. Steht doch die Angestellten- und Arbeiterschaft treu zur Weimarer Verfassung und somit zur Republik!

Die im Tarifvertrag festgelegte „hohe“ Befoldung wird mit als

Entlassungsgrund angegeben. Wie sieht die „hohe“ Befoldung aber aus? In Gruppe V, in der sich die meisten Angestellten befinden, kommt ein Gehalt von 658 000 M. in Frage, in Gruppe XIII aber, die für Angestellte nicht in Betracht kommt, ein solches von 2 080 000 M. Redner behandelte dann das „Birken“ einiger rechtsstehenden Reichstagsabgeordneten bei der Beratung des Reichshaushaltsplans. Wenn bei den Angestellten ein Abbau vorgenommen wird, müsse dieser Abbau auch bei den Beamten in Erscheinung treten. Beamte über 60 Jahre seien zu pensionieren, damit jüngere Kräfte die Plätze einnehmen können. Es ist zu beurteilen, daß Beamte, die eine Stellung haben, noch Nebenberufstätig in Betrieben nach Dienstpflicht leisten. Ein gemeinsames Handeln aller Gewerkschaften im Interesse der Angestellten- und Arbeiterschaft sei dringend erforderlich. Vom Reichstag müsse gefordert werden, zu verhindern, daß die Sparkommission nicht planlos Abstriche vornimmt. Der § 163 der Reichsverfassung sollte endlich erfüllt werden.

In der Diskussion wurde vielfach darüber geflagt, daß in Reichs- und Staatsbetrieben Neueinstellungen vorgenommen werden, während bei den Versorgungsbehörden, wo ungeheuer viel zu tun ist, ein Abbau erfolgt. Dagegen sei Front zu machen. Man solle sich auch andere Zeitungen ansehen und darin bei der Reichstagswahl entscheidend seine Stimme abgeben. Nachdem noch Vertreter einzelner Gewerkschaften gesprochen hatten, wies Gerstenberger noch einmal darauf hin, fest zusammenzutreten. Folgende Entschliessung gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die am 26. Juni 1923 in der Boddenstraße tagende Vollversammlung der Angestellten im Bereich der H.M. Berlin und Brandenburg macht: die am 10. Juni 1923 in Frankfurt a. M. angenommene Entschliessung mit deren Forderungen vollständig zu der ihrigen. Sie lehnt es ab, erneut den Dank des Vaterlandes nach jahrelanger Pflichterfüllung in einer Art und Weise zu erfahren, wie es der meistaus größte Teil bereits einmal nach Kriegsende erfahren hat.“

Ferner gelangte noch eine Entschliessung zur Annahme, die eine soziale Regelung der Abfindungsgelder fordert.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongreß.

Heute begann in Wien der zweite österreichische Gewerkschaftskongreß. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten die wirtschaftspolitische Lage, die Sozialpolitik in Oesterreich, Organisationsfragen und die gemeinwirtschaftliche Organisation. Bei den Organisationsfragen wird es sich vor allen Dingen um die rationelle Zusammenlegung der Gewerkschaften handeln. Für das verfallene Oesterreich bedeutet es oft eine Vergeudung von Arbeitskraft, wenn die Berufsorganisationen in derselben Form aufrechterhalten bleiben.

Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Jahre 1922 etwas zurückgegangen. Sie betrug am Jahresabschluss 1 049 949 gegen 1 079 777 Ende 1921. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosigkeit seit der Stabilisierung der Krone ständig zurückgeht. Im Jahre 1913 betrug die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder im alten Oesterreich 415 195. Ein Vergleich über die Einnahmen und Ausgaben läßt sich infolge der Geldentwertung nicht machen. Es seien nur zwei Zahlen angeführt: Im Jahre 1919 betrug die Gesamteinnahmen über 29 Millionen Kronen, im Jahre 1922 dagegen nur 30 Millionen. Hierbei sind jedoch die Einnahmen für den Widerstandsfonds, der zur Führung der Lohnbewegungen dient, nicht einbezogen. Auch die Ausgaben blieben in denselben Verhältnissen.

Moskau als Sprengmittel.

Die in einer Landeszentrale — R. U. S. — vereinigten syndikalistischen-kommunistischen Gewerkschaften Hollands, die 21 000 Mitglieder zählen, haben eine Urabstimmung über die Frage des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale in Moskau oder an die Syndikalistische Internationale in Berlin vorgenommen. Mit geringer Mehrheit, wobei die Transportarbeiterorganisation den Ausschlag gab, entschieden sich die Mitglieder für Moskau.

Sobald der Beschluß zur Ausführung gelangen sollte, über den definitiven Anschluß entscheidet der Vorstand der Landeszentrale, wird dies wahrscheinlich die Sprengung dieser Gewerkschaftszentrale zur Folge haben. Der dieser Zentrale angeschlossene 3775 Mitglieder zählende Gemeindearbeiterverband hat auf seinem soeben abgehaltenen Verbandstag den Austritt aus der Landeszentrale für den Fall des Anschlusses an Moskau beschlossen.

Lohnregulierung in der Berliner Metallindustrie. Aus der Vereinbarung, welche mit dem Verband Berliner Metallindustrieller zwecks Regelung der Löhne vom 18. bis 24. Juni abgeschlossen wurde, geht hervor, daß ab 25. Juni die bestehenden Akkordbasen erhöht werden, und zwar in der Klasse I auf 3800 M., die festen Stundenzuschläge, die ab Montag, den 25., zu dieser Akkordbasis gewährt werden sollen, werden in der Vereinbarung, welche am selben Tag mit dem Verband Berliner Metallindustrieller stattfand, festgelegt. Es kann also keine Rede davon sein, daß mit dem Log des Inkrafttretens der neuen Akkordbasis der feste Stundenzuschlag endgültig abgelöst ist, sondern dieser wird, wie gesagt, heute erneut durch Verhandlungen geregelt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.
Uhrig.

Der Zusammenschluß der englischen Gewerkschaftsorganisationen macht ständig Fortschritte. Zurzeit sind ausrichtliche Verhandlungen im Gange, um den Verband der Elektrizitätsarbeiter (45 000 Mitglieder) und den Verband der Maschinisten, Heizer, Mechaniker und Elektrizitätsarbeiter (40 000 Mitglieder) zu vereinigen.

Wirtschaft

Die Arbeitslage in der Metallindustrie in der Berichtswache vom 3. bis 9. Juni 1923 nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes ergab: Vor den erfassten Arbeitern waren 1536 822 = 81,2 Proz. (in der Vorwoche 79,7 Proz.) Vollarbeiter, 273 060 = 14,4 Proz. (15,3 Proz.) Kurzarbeiter und 83 637 = 4,4 Proz. (5,2 Proz.) Arbeitslose. Ueber 90 Proz. Vollarbeiter hatten die Bezirke Bielefeld (97,3 Proz.), Königsberg (94,8 Proz.), Halle (83,4 Proz.), Essen (91,1 Proz.), Berlin (91,7 Proz.), Stettin (90,8 Proz.). Die Kurzarbeiter waren am stärksten vertreten in den Bezirken Köln (44,2 Proz.), Hagen (29,3 Proz.) und Stuttgart (25,4 Proz.). Die höchsten Zahlen über Arbeitslose weisen die Bezirke Hagen (10,9 Proz.), Frankfurt (7,6 Proz.) und Hamburg (7,4 Proz.) auf.

Eine minimale Abnahme der Vollarbeiter haben die Bezirke Köln, Königsberg, Essen, Frankfurt und Stettin zu berichten. Bedeutende Zunahmen der Vollarbeiter sind in den Bezirken Brandenburg, Erfurt und Hamburg festzustellen. Die übrigen Bezirke zeigen in der laufenden Berichtswache eine leichte Besserung der Arbeitslage. In den 147 berichtenden Verwaltungen betrug die Zahl der arbeitsloser Mitglieder 4,8 Proz. gegenüber 5,5 Proz. in der Vorwoche.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die abermalige Besserung des Arbeitsmarktes auf die Verschlechterung unserer Mark zurückzuführen ist und ganz besonders der Exportindustrie zugute kommt.

Aus der Partei.

Der Bezirksparteitag für Hessen-Cassel hat am Sonntag beschlossen, den Wochenbeitrag für die Partei mit 1000 Mark festzusetzen, abgesehen von Kasse abgeben, die Industrie in dem Bezirke sehr schwach vertreten ist. Mander großindustrielle Bezirk könnte sich die Parteigenossen von Hessen-Cassel zum Vorbild nehmen. Die Parteigenossen sind dort weit über den Vorschlag des eigenen Bezirksvorstandes gegangen.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung Abteilungsleiter! Die Handzettel für die öffentliche Jugendversammlung am Donnerstag, den 28. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in den Germania-Hallen, müssen unbedingt heute, Montag, den 25., abends bis 7 Uhr, abgeholt werden. Das Jugendsekretariat ist zu diesem Zweck bis 7 Uhr geöffnet. Die Abteilungen müssen ihr Material abholen.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, den 24. Juni.

1. Rennen. 1. Leichnam (Nauß jr.), 2. Lorbeer (M. Ringlitz), 3. Paul B. (M. Freund). Toto: 54:10, Platz: 20, 27, 15:10. Ferner liefen: Kavel, Kofel, Lang I., Verbun, Mariechen D., Jafon jr., Alpenjag, Lene Bog, Pfeilblitz, Bobo.
2. Rennen. 1. Falter (H. Ringlitz), 2. Cobra (H. Grube), 3. Aurora II (Eberth). Toto: 31:10, Platz: 16, 21, 10:10. Ferner liefen: Lump, Falkenflügel, Rahmischke, Lady Potauritz Stella Carl, Eise D. I., Malkonigin I., Erh. Wolters, Dr. Lem jr., Bella Dawson, Nathan IV., Niagara I., Schneewolke, Altorie, Gawein, Baumelle, Jettische jr.
3. Rennen. 1. Klud (H. Schmidt), 2. Prinz, Stamm (Großmann), 3. Jureulichen (H. Ringlitz). Toto: 35:10, Platz: 13, 15, 10. Ferner liefen: Coeur Noir, Michel Angelo, Lindenboier, Ludwig K., Schwarzwaldbüchel, Claudia, Ginde, Blauson, Baron Nikolaj, Ruffel Girl, Perania, Perobes, Carlo, Capua, Cortolanus.
4. Rennen. 1. Mark D. (Weidmüller), 2. Agi (H. Ringlitz), 3. Erdmann (H. Ringlitz). Toto: 15:10, Platz: 12, 20, 20:10. Ferner liefen: Feuerherd, Teufelsbart, Prinz, Fortuna, Beschäft, Laifan I., Clematis blau, Bella, Adler, Schlipf.
5. Rennen. 1. Baronesz Lidia (H. Ringlitz), 2. Prinzessin Bertha (Großmann), 3. Janshofen (H. Schmidt). Toto: 16:10, Platz: 10, 11, 10:10. Ferner liefen: Aligold, Olga Belle, Interpellant, Importation, Elise, Katter.
6. Rennen. 1. Alenkein (H. Ringlitz), 2. John Woodline (Wert Freund), 3. Monarchist (H. Lauterberg). Toto: 32:10, Platz: 16, 24, 32:10. Ferner liefen: Le petit Loutou, Stuart Webb, Klott, Gartenfeld, Debs, Timofe, Peter I., Kraber.
7. Rennen. 1. Schill (H. Ringlitz), 2. Balldis (H. Deese), 3. Düntzchen (H. Brandt). Toto: 106:10, Platz: 34, 42, 48:10. Ferner liefen: Brillon, Wolfender, Alertons, Nibel, Dänuburg, Barometer, Laifarl, Berthold, Kriegsmüller, Pontalina, Falter, Hiderose D., Boge, Direktor, Jim (disq.), Willfür, Ludmilla I., Elzig, Seewind, Jettische.
8. Rennen. 1. Katalin I. (H. Ringlitz), 2. Katalin II. (H. Ringlitz), 3. Deborah B. (Sudow). Toto: 45:10, Platz: 19, 31, 53:10. Ferner liefen: Jallus, Krämerin Silber, Leibemann, Flora Singer, Edelstein, Pieger, R. G., Verbun, Erzelen, Erdgraf, Long Carl, Gopresse II, Kromping I., Bergschwalbe, Diana VII, Barde, Wasserfall (als 2. disq., 80 Proz. Platz zurück), Jidus.

Hugob Sieger im Deutschen Derby. Auf dem Horner Moor wurde gestern, vom Wetter begünstigt, in Gegenwart ungeheurer Menschenmengen, das deutsche Derby gelaufen. Von 7 gestarteten Pferden ging Weinberg „Hugob“ (D. Schmidt) leicht als Sieger durch Ziel. Zweiter wurde Weinberg „Genaion“ (Wiesler), dritter „Hansel“, „Eigilbert“ (Hallenberger). Kurz nach dem Derby letzte Sprüche ein.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Fritz Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Stein, Berlin; Wirtschaft: R. G. Decker, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Schmidt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: 24. Gode, Berlin.

Verlag: Formäris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formäris-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Die wichtige Erfindung

Von der man spricht, endlich das Richtige zum Abgewöhnen des Rauchens als Mundwasser, als Tabletten, überall erhältlich. **PUSCH**, Generaldirektor und Anlieferungs-Lager: Clauen & Co., Charlottenburg, Am Rhein 4.

Admirals-Variete
Berlins
8^{oo} bestes Programm
Zahngebisse
auch zerbrochene per Zahn 25 000—250 000 M.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten u. Edelsteine
kauft zu höchsten Tageskursen Edelmetallverwertung Hiesiger
C., Robstr. 8 Laden, nahe Gertraudenstraße
BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Platzburg 5140
Ischias
In Witten, Gailt, Köln, 1. 13. T. auch in Berlin, 1923, 1-11, 44. Juni

Stahl-, Temper-Grau-Guß
Metallguß aller Art
Aluminiumguß
roh und bearbeitet zu billigen Preisen von unseren frachtlichen günstig gelagerten Werken kurzfristig lieferbar.
Ges. f. Industrie- u. Landbedarf!
m. b. H.
Berlin W 30, Luitpoldstraße 10
Telephon: Lützow 1476 27

Verkäufe
Kühlmotoren, Belegheinstände wenig gebrauchte Maschinen mit Garantie nur bei Hiesler, Potsdamerstraße 108, Rosenburg 8982.
Bekleidung
Brillianten Friedrichstraße 3 (Halleisches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Coperoats, Schläfer, Gummiartikel, Dolan, Sportpelze, Gehpöle, Regenmäntel, Seidenschleier, Brautkleider, Brautkleider, Mäntel zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.
Beruh macht lang! „Reichhaus“ Brunnenstraße 5. Firma „Reichhaus“ hat den größten Bestand maßmäßig hergestellter Anzüge, Pelzkleider, Schläfer, Gutmanen, Dolan, Kleider-Kauswahl, Pelzwaren, Gehpöle, Sportpelze, Regenmäntel, Regen- in großer Auswahl, Konfektionslosg billig! Keine Lombardware.
Möbel
Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 40 000.—, Bettentischchen, Tischlampen, Lagen, Kinderbetten, Krüge, Kugeln, Kisten, Querscheibe.
Patentmaschinen, Auflegemaschinen, Nähmaschinen, Metallbetten, Walter, Stargarderstraße 49/50.

Musikinstrumente
Pianos preiswert, Klaviermacher, Viol. Brunnenstraße 10.
Grammophone, elegante Schrankapparate, billige Belegheinstände, Kwigers, Charlottenstr. 147/5.
Kaufgesuche
Klavier, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.
Kühlgarnituren, Verstellbares, Schloß, Reußlinstraße 12.
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.
Kühlgarnituren, Verstellbares, Schloß, Reußlinstraße 12.
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.

Vianos, Filialer kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomogasin, Barde, Kohnstr. 2, Rosenburg 1097.
Vianos, Filialer kauft zu höchsten Tagespreisen, Pianomogasin, Barde, Kohnstr. 2, Rosenburg 1097.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.
Südenkauf, Fiedrich, Gern, Holzmann, Kaiser-Friedrich-Straße 42, Ankerstraße 20.

Autozubehör
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.
Werkzeuge u. Maschinen
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.
Arbeitsmarkt
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.
Vorwärts-Austrägerinnen
Kleider, gut erhaltenes, sucht Boigt, Reußlin, Gabelstr. 30. Für Klavier, nachweislich, ca. 200 000. Telefon: Reußlin 492. Gewerblid.